

Speed kills

Die Qualität einer Reform definiert sich nicht ausschließlich über die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung oder „Der Tod der Universität in mehreren, dafür äußerst kurzweiligen Akten“

Es ist noch gar nicht lange her, da forderte die ÖH die Reform der Universitäten anstelle der Einführung der Studiengebühren. Wie schnell sich eine an sich gute Idee ins Gegenteil verkehren kann, konnten aufmerksame Beobachter im Laufe des vergangenen Jahres feststellen.

Die Ausgliederung der Universitäten war nicht erst seit Antritt der aktuellen Regierung ein immer wieder aufs Tapet gebrachtes Thema. Verschiedenste, im Ministerium erdachte Entwürfe geisterten seit Jahren mehr oder minder beachtet, immer wieder durch die Universitäten und die Medien.

Doch seit etwas über einem Jahr ist das alles anders. Das Ministerium unter Frau Bundesminister Gehrler hat den Begriff „Autonomie“ nach eigenen Vorstellungen völlig neu definiert, und was dabei herausgekommen ist, hat nicht nur an den Universitäten kollektives Entsetzen und fast einhellige Ablehnung hervorgerufen. Obwohl in den letzten zehn Jahren die Gesetze, die die Universitäten regeln (also Universitätsordnungsgesetz, Dienstrecht und Studienrecht) mehrfach geändert wurden und die Unis mit dem

Umstellen auf die neuen Regelungen schon gar nicht mehr nachkommen, soll ab kommendem Herbst schon wieder alles anders werden. Und wenn ich anders sage, dann meine ich das auch: Alle diese Gesetze werden gleichzeitig geändert, und das nicht in kleinen Bereichen, sondern gravierend. Die langfristigen Folgen für die Universitäten sind nicht absehbar. Anstatt den Universitäten mehr Entscheidungsfreiheit zu geben, sichert sich die Regierung einen möglichst großen Einfluss auf alle Angelegenheiten der Universität (kein Scherz: Das Gremium, das die Uni zukünftig kontrollieren soll, und auf alle wichtigen Entscheidungen Einfluss hat – der Universitätsrat – soll zur Hälfte von der Bundesregierung besetzt werden).

Neu sind dabei nicht nur die Gesetze, sondern auch die Vorgehensweise des Ministeriums: Unter dem Schlagwort „größtmögliche Transparenz“ wurden dort nach Erscheinen des ersten Vorschlages fast 300 Stellungnahmen, unter anderem von den Universitäten, der Österreichischen Hochschülerschaft und der Rektorenkonferenz, eingesammelt und kollektiv ignoriert – immerhin waren fast alle eingegangenen Stellungnahmen negativ, und das passte offenbar

nicht ins Konzept. Ein ähnliches Schicksal droht wahrscheinlich auch den Stellungnahmen, die nun, in der letzten Begutachtungsphase vor dem Beschluss im Nationalrat, im Ministerium eingehen. Da dieser Entwurf um nichts besser ist als der erste, werden die Stellungnahmen wahrscheinlich sehr ähnlich wie beim ersten Mal ausfallen. Und BM Gehrler hat selbst verkündet, dass „im Anschluss an die Begutachtungsphase diejenigen Stellungnahmen eingearbeitet werden, die mit den Zielvorstellungen des Ressorts übereinstimmen“ – soviel zum offenen Diskussionsprozess...

Ab Oktober soll das neue Gesetz schon „implementiert“, also stückchenweise eingeführt werden; und in eineinhalb Jahren sollen die Universitäten, wie wir sie kennen, schon ein Stück Geschichte sein.

(Oder auch nicht? Möglicherweise spielen die Universitäten nicht so willen- und emotionslos mit, wie sich unsere Regierung das wünscht – und vielleicht, mit ein bisschen Glück und viel gemeinsamer Anstrengung, kommt doch noch alles ganz anders?)

LG
Evi

P.S.: Details zu dem, was mit der neuen Rechtslage auf uns zukommt, findet ihr weiter hinten in dieser Ausgabe!



Evelin Fisslthaler
Vorsitzende der
Universitätsvertretung

BUNDESGEIER VON STEFAN BRUNNEN

HEUTE: KULTURLAND ÖSTERREICH

SO IST DAS MIT DEM FIX & FOXI-JOURNALISMUS – ALLES UNREFLEKTIERTE QUATSCH!

